S 27 RJ 641/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 27 RJ 641/96 Datum 16.07.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 RJ 683/00 Datum 23.01.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts MÃ 1 /4nchen vom 16. Juli 1999 wird zurÃ 1 /4ckgewiesen.
- II. Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitgegenstand ist die Anerkennung einer Beitragszeit vom 01.12.1939 bis 01.10.1941 und die Bewilligung von Regelaltersrente.

Der am 1919 geborene KlĤger ist tschechischer StaatsangehĶriger mit Wohnsitz in Tschechien. Er ist im westlichen Teil des Landkreises Teschen (so genanntes Olsagebiet) geboren, das im Oktober 1938 von Polen besetzt worden ist und nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im September 1939 der Provinz Schlesien unter dem Regierungsbezirk Kattowitz eingegliedert worden ist.

Der Kläger beantragte am 10.11.1994 bei der Beklagten Regelaltersrente. Er machte geltend, vom 01.12.1939 bis 30.04.1945 mit Unterbrechungen als Kellner in Polen, Ã□sterreich und Bayern tätig gewesen zu sein, u.a. vom 01.12.1939 bis

01.10.1941 im Hotel S. in B. , Kreis Kattowitz. Er legte das Deckblatt des angeblich 1970 vernichteten Arbeitsbuches vor, sowie einen an ihn gerichteten Brief seines Cousins R. G. vom 04.07.1995. Darin heià es, er erinnere sich, dass der Kläger in W. als Kellner beschäftigt war, "aber in welcher Zeit genau, das weià ich nicht mehr. à brigens am 01.09. bei Ausbruch des Krieges war ich 13 Jahre alt." Dem Vater des Klägers ist am 22.08.1940 wegen politischer Unzuverlässigkeit die Weiterführung der Schankwirtschaft in O. untersagt worden. Frau L. S. , geb. am 1922, wohnhaft in Tschechien, bestätigte am 24.07.1995 gegenüber der Beklagten, dass der Kläger von 1939 bis 1940 als Kellner im Hotel S. in W. angestellt war. Die Unterzeichnerin selber sei Hilfskraft in der Konditorei gewesen.

Die Beklagte lehnte eine Altersrentengewährung mit Bescheid vom 17.10.1995 mangels WartezeiterfÃ⅓Ilung ab. Statt der erforderlichen fÃ⅓nf Jahre seien nur 40 Kalendermonate nachgewiesen, näm- bis 30.04.1945. HierfÃ⅓r hatten Arbeitszeugnisse und teilweise AuskÃ⅓nfte der zuständigen Krankenkassen vorgelegen. Im Widerspruchsbescheid vom 21.02.1996 heiÃ☐t es, die fÃ⅓r den strittigen Zeitraum aufgebotenen Zeugenaussagen seien auÃ☐erordentlich ungenau und Versicherungsunterlagen seien nicht vorhanden.

Dagegen erhob der Klä¤ger am 25.03.1996 Klage und machte geltend, die Ungenauigkeit der Zeugenaussagen sei durch Zeitumstä¤nde, verstrichene Zeit und die bisherige Unmä¶glichkeit der Geltendmachung bedingt. In W. habe er keine Zeugen gefunden und das Hotel habe einen neuen Besitzer und neuen Namen. Er legte eine umfangreiche beglaubigte Erklä¤rung seines Cousins vom Mai 1996 ľber seine Beschä¤ftigung im Hotel S. von Dezember 1939 bis Herbst 1941 vor. Laut beglaubigter Erklä¤rung der Frau S. vom 28.05.1996 war der Klä¤ger vom 01.12.1939 bis 01.10.1941 als Brigadefä¾hrer der Kellnergruppe auslä¤ndischer Arbeiter beschä¤ftigt. Der in Deutschland wohnhafte Bevollmä¤chtigte des Klä¤gers trug ergä¤nzend vor, der Klä¤ger habe sich das Beschä¤ftigungsverhä¤ltnis nicht aus den Fingern gesogen; er habe als Tscheche im damaligen Reichsgebiet eine abhä¤ngige Beschä¤ftigung ausä¾ben mä¾ssen. Die Zeugin sei nicht reisefä¤hig.

Die Beklagte wandte ein, in früheren Erklärungen der Zeugen seien keine genauen Zeitangaben enthalten gewesen, sie seien offensichtlich entsprechend den Angaben des Klägers ergänzt worden. Zweifelhaft sei im Ã□brigen, ob die Tätigkeit Ã⅓berhaupt versicherungspflichtig war, da entsprechend der Verodnung vom 01.01.1940 in Oberschlesien vom 01.12.1939 bis 01.10.1941 fÃ⅓r die Mehrzahl der einheimischen Bevölkerung Versicherungsfreiheit bestanden habe.

Am 14.10.1997 wurde der Zeuge R. vor dem Sozialgericht München einvernommen. Er bekräftigte seine Aussage, dass der Kläger von Kriegsbeginn bis Sommer 1941 in B. gearbeitet habe. Mit Urteil vom 16.07.1999 wies das Sozialgericht Mþnchen die Klage mit der Begrþndung ab, trotz der Zeugenaussagen sei bereits der Beschäftigungszeitraum nicht glaubhaft. Noch weniger glaubhaft sei die Beitragszahlung im Gastgewerbe.

Gegen das am 01.09.1999 mit der Rechtsmittelbelehrung Ausland zugestellte Urteil

ging am 21.02.2000 ein handschriftlicher Protest des Klägers ein, der am 05.12.2000 an das Bayer. Landessozialgericht weitergeleitet wurde. Auf Anfrage teilte die LVA Berlin/Verbindungsstelle Polen am 08.02.2001 mit, die Versicherungsunterlagen aus W. , Kreis Teschen, Regierungsbezirk Kattowitz seien nicht zu beschaffen, da das Quittungskartenarchiv der LVA Schlesien vernichtet worden sei und bei der zuständigen Zweigstelle des polnischen Verischerungsträgers keine Unterlagen bis 1951 vorhanden seien. Laut Auskunft des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vom 03.07.2001 kann aus der Nummer des Arbeitsbuchdeckblattes nur geschlossen werden, dass es vom Arbeitsamt Teschen ausgestellt worden ist. Der frühestmögliche Zeitpunkt hierfür sei der Oktober 1939. Der Reichsarbeitsdienst sei dort Anfang 1940 eingeführt, die Arbeitsbuchpflicht erst durch Verordnung vom 17.09.1941.

Der Kl \tilde{A} ¤ger machte geltend, aufgrund einer Anordnung des Arbeitsamts unter polizeilicher Aufsicht zum Arbeitseinsatz auf einzelne Einsatzorte gebracht worden zu sein. Er \tilde{A} ½bersandte zum wiederholten Mal Fotos, die angeblich in W. gemacht worden sind und ihn zusammen mit Arbeitskollegen zeigen.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger beantragt sinngem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{G}\), das Urteil des Sozialgerichts M\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{G}\) nchen vom 16.07.1999 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheids vom 17.10.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 21.02.1996 zu verurteilen, ab 01.11.1994 Regelaltersrente zu gew\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{G}\) hren.

Die Beklagte beantragt die Zurückzuweisung der Berufung.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Inhalt der Beklagtenakten, der Akten des Sozialgerichts $M\tilde{A}^{1}/_{4}$ nchen sowie der Berufungsakten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte, form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zul \tilde{A} xssig. Gegen das am 01.09.1999 dem in Deutschland wohnhaften Bevollm \tilde{A} xchtigten zugestellte Urteil, das mit der Rechtsmittelbelehrung f \tilde{A} 1/4r im Ausland lebende Kl \tilde{A} xger verbunden war, hat der Kl \tilde{A} xger am 21.02.2000 gerichtliche Hilfe erbeten. Die Berufung ist rechtzeitig, weil sie innerhalb der Jahresfrist des $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ 66 SGG in Verbindung mit $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ 153 SGG eingegangen ist.

Die Berufung erweist sich jedoch nicht als begründet. Das Urteil des Sozialgerichts München vom 16.07.1999 ist ebenso wenig zu beanstanden wie der Bescheid der Beklagten vom 17.10.1995 in der Fassung des Widerspruchsbescheids vom 21.02.1996. Die Beklagte ist nicht verpflichtet, dem Kläger Regelaltersrente zu gewähren, da die allgemeine Wartezeit von 60 Kalendermonaten nicht erfüllt ist. Die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit von fünf Jahren ist Voraussetzung für einen Anspruch auf Regelaltersrente (§Â§ 35, 50 Abs.1 Ziffer 1 SGB VI). Auf die allgemeine Wartezeit werden Kalendermonate mit Beitragszeiten angerechnet (§ 51 Abs.1 SGB VI). Beitragszeiten sind nach § 55 SGB VI Zeiten, für die nach Bundesrecht Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge gezahlt werden. Beitragszeiten sind auch Zeiten, fþr die nach den Reichsversicherungsgesetzen

Pflichtbeiträge gezahlt worden sind (§ 247 Abs.3 Satz 1 SGB VI). Hierzu zählen Beiträge, die aufgrund des bis zum 08.05.1945 im Reichsgebiet geltenden Reichsrechts gezahlt wurden an die frühere LVA Schlesien, die im Fall des KIĤgers als zustĤndiger RentenversicherungstrĤger in Betracht kommt. Da Versicherungsunterlagen hier A¼ber nicht existieren, ist das Sozialgericht zutreffend von <u>§ 286a SGB VI</u> als mögliche Anspruchsgrundlage für das Begehren des KIägers ausgegangen. Fehlen für Zeiten vor dem 01.01.1950 die Versicherungsunterlagen, die von einem TrÄxger der Rentenversicherung aufzubewahren gewesen sind und wÄxren diese in einem vernichteten oder nicht erreichbaren Teil des Karten- oder Kontenarchivs aufzubewahren gewesen oder ist glaubhaft gemacht, dass die Versicherungskarten bei dem Arbeitgeber oder Versicherten oder nach den UmstĤnden des Falles auf dem Weg zum TrĤger der Rentenversicherung verloren gegangen, unbrauchbar geworden oder zerstĶrt worden sind, sind die Zeiten der BeschĤftigung oder TĤtigkeit als Beitragszeit anzuerkennen, wenn glaubhaft gemacht wird, dass der Versicherte eine versicherungspflichtige BeschĤftigung oder TĤtigkeit ausgeļbt hat und dass dafür Beiträge gezahlt worden sind (§ 286a Abs.1 Satz 1 in der seit 01.01.1992 geltenden Fassung). Bis 31.12.1991 galt im Gebiet der alten Bundesrepublik die "Verordnung ýber die Feststellung von Leistungen aus den gesetzlichen Rentenversicherungen bei verlorenen, zerstĶrten, unbrauchbar gewordenen oder nicht erreichbaren Versicherungsunterlagen (Versicherungsunterlagenverordnung $\hat{a} \square \square VuVo)$ vom 03.03. 1960. Mit Wirkung ab 01.01.1992 wurde die VuVo durch \hat{A} § 286a SGB VI ersetzt. Abs.1 der Vorschrift regelt die Glaubhaftmachung, aber auch den Nachweis von Beitragszeiten bis zum 31.12. 1949, für die Versicherungsunterlagen infolge von Kriegs- und Nachkriegsereignissen verloren gingen oder nicht mehr auswertbar sind. Zweifellos sind die Versicherungsunterlagen aus dem strittigen Raum und der strittigen Zeit nicht mehr zu beschaffen. Wie die LVA Berlin, die zustĤndige Verbindungsstelle der Arbeiterrentenversicherung Polen am 08.02.2001 mitgeteilt hat, ist das Quittungskartenarchiv der ehemaligen LVA Schlesien vernichtet worden und es sind bei der zustĤndigen Zweigstelle des polnischen VersicherungstrĤgers keine Unterlagen bis 1951 mehr vorhanden. Anders als bei den übrigen vom Kläger geltend gemachten Zeiten besitzt er für die strittige Zeit vom 01.12.1939 bis 01.10.1941 keine Nachweise der Beitragszeit. Geeignet wAxren vor allem Bescheinigungen der Krankenkasse oder Entgeltbescheinigungen des Arbeitgebers. Kann kein Nachweis für die Beitragszeit erbracht werden, genügt es für die Anerkennung im Rahmen des <u>§ 286a SGB VI</u>, wenn die maÃ∏geblichen Sachverhalte glaubhaft gemacht werden. Eine Tatsache ist gemäÃ∏ § 23 Abs.1 Satz 2 SGB X dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sÄxmtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken soll, $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berwiegend wahrscheinlich ist. In jedem Fall ist vorab zu pr $\tilde{A}\frac{1}{4}$ fen, ob die behauptete Beitragszeit rechtlich mA¶glich war, d.h. ob fA¼r die entsprechende TÃxtigkeit im angegebenen Zeitraum grundsÃxtzlich Versicherungspflicht bestand (Kees in Gesamtkommentar SGB VI § 286a Rz.24). Dies ist vorliegend zu bejahen, nachdem zumindest ab 01.04.1940 im westlichen Teil von Teschen der Provinz Schlesien die Sudetenverordnung galt (Pinn, Die gesetzliche Rentenversicherung im Ausland, S.355). Die strittige Zeit fÄxllt nicht unter den Geltungsbereich der Ostgebietsverordnung, die ab 01.01.1942 in den übrigen eingegliederten

Ostgebieten Reichsrecht eingefĽhrt hat und auf die die Beklagte in ihrem Schreiben vom 05.06.2001 Bezug nimmt. Für die Glaubhaftmachung einer Pflichtbeitragszeit ist es nicht ausreichend, dass das Bestehen eines BeschĤftigungsverhĤltnisses überwiegend wahrscheinlich ist. Vielmehr mýssen auch Versicherungspflicht und Beitragszahlung glaubhaft sein (Gürtner in Kasseler Kommentar <u>§ 286a SGB VI</u> Rz.5). Nachdem die übrigen Angaben des KlĤgers über Beschäftigungszeiten teilweise nachgewiesen werden konnten und grundsAxtzliche Zweifel an der GlaubwA¼rdigkeit der Zeugen zum Tatbestand der BeschĤftigung nicht bestehen, hat der Senat keinen Zweifel, dass der KlĤger vor Oktober 1941, seiner Beschärftigungsaufnahme in Wien, tatsärchlich im Hotel S. in B. als Kellner beschĤftigt war. Dabei kann dahinstehen, ob die BeschÄxftigung tatsÄxchlich bereits am 01.12.1939 begonnen hat, wie sich die Zeugen zu erinnern glauben. Diese Angaben sind wohl erst auf Veranlassung des KlĤgers erfolgt. Dieser kann auch in der von seinem Vater bis August 1940 betriebenen Schankwirtschaft in O. beschägftigt worden sein. Jedenfalls konnten die Zeugen jedoch keinerlei Aussage dazu treffen, ob für den Kläger tatsächlich Beiträge abgeführt worden sind. Hinzu kommt, dass der Rechtszustand in dem Gebiet Olsa gerade in dem strittigen Zeitraum zu Schwierigkeiten gefä\%hrt hat (Pinn a.a.O.). WAxhrend im A¶stlichen Teil von Teschen zunAxchst die Schlesienverordnung galt, galt vom 01.04.1940 an die Sudetenverordnung im westlichen Teil. Vom 01.12.1940 an schlie̸lich wurden die Beiträge nach den Klassen des Altreichs entrichtet. Dar A¼ber hinaus war der Kl Azger im Gastgewerbe tätig, ein Gewerbe, das nach den Einlassungen des Klägerbevollmächtigten selbst und erfahrungsgemäÃ∏ es nicht ausgeschlossen erscheinen lässt, dass Sozialabgaben erspart werden.

Wie das Hauptstaatsarchiv ausführlich dargestellt hat, lässt sich aus dem Deckblatt des Arbeitsbuches lediglich der Ausstellungsort, nicht hingegen das genaue Datum der Arbeitsbuchausstellung entnehmen. Anzunehmen ist, dass die Arbeitsämter in den an Schlesien angeschlossenen polnischen Gebieten zwischen Juni 1939 und Januar 1940 errichtet worden sind, auch wenn die Arbeitsbuchpflicht erst im September 1941 dort eingeführt worden ist. Reichsarbeitsrechtliche Bestimmungen sind bereits Anfang 1940 eingeführt worden. Zwar ist anzunehmen, dass die im Arbeitsbuch eingetragenen Beschäftigungen vom zeitlichen Umfang und der Entlohnung her sozialversicherungspflichtig waren. Der Inhalt des Arbeitsbuchs des Klägers ist jedoch unbekannt.

Wie das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung vom 17.12. 1986 (SozR 5745 ŧ 1 VuVO Nr.2) festgestellt hat, lĤsst sich mit dem festgestellten Nachweis des versicherungspflichtigen BeschĤftigungsverhĤltnisses keine Beitragsentrichtung glaubhaft machen. Es gibt keinen allgemeinen Rechtssatz, dass die nachgewiesene BeschĤftigung die Entrichtung von BeitrĤgen glaubhaft werden lĤsst. Eine Beweisregel, dass bei nachgewiesenem BeschĤftigungsverhĤltnis auch die Beitragsentrichtung fļr nachgewiesen zu gelten habe, ist darļber hinaus nicht vorhanden.

Die Rechtsposition des KlĤgers wird sich mit den im Laufe des Jahres 2002 zu erwartenden In-Kraft-Treten des künftigen deutsch-tschechischen Abkommens

verbessern. Wie sich aus Art.39 Abs.1 Buchst.a ergibt, wird dieses Abkommen hingegen keinen Anspruch auf Leistungen f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zeit vor seinem In-Kraft-Treten begr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ nden.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe, die Revision zuzulassen, sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 15.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024